

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturufen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 31

Altensteig, Dienstag, den 7. Februar 1933

56. Jahrgang

Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes

Beschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit

Berlin, 6. Febr. Die nun veröffentlichte, auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 erlassene Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes regelt in ihren Abschnitten die Voraussetzungen, unter denen öffentliche politische Versammlungen und Aufzüge verboten oder aufgehoben, periodische Druckschriften beschlagnahmt oder verboten und Sammlungen zu politischen Zwecken unterlagt werden können.

Versammlungen und Aufzüge

§ 1. Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden. Sie können im Einzelfalle verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Statt des Verbotes kann eine Genehmigung unter Auflagen ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden. Ausgenommen sind Versammlungen nicht politischer Art.

§ 2. Öffentliche politische Versammlungen sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgehoben werden, wenn in ihnen zum Angehörigen gegen Gesetz oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefördert oder angereizt wird, oder wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden, oder 3. wenn in ihnen eine Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebäude oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden, oder 4. wenn in ihnen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefördert oder angereizt wird, 5. wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind oder wenn von den Angaben der Anmeldung abweichend abgewichen oder wenn einer Auflage zumidergehandelt wird.

§ 3. Regelt die Befugnisse polizeilicher Beauftragter in öffentlichen Versammlungen, § 4 das Verfahren nach deren Auflösung.

§ 5. Der Reichsminister des Innern kann allgemein oder mit Einschränkungen für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge, sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen, verbieten und ihre Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

§ 6. Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden, 1. allgemein nur für bestimmte abgegrenzte Ortsteile, 2. im übrigen nur im Einzelfalle. Weitergehende allgemeine Verbote treten außer Kraft.

Hat der Reichsminister des Innern gegen ein Verbot nach Abs. 1 Nr. 1 Bedenken, so kann er die oberste Landesbehörde um Änderung oder Aufhebung ersuchen. Entspricht die oberste Landesbehörde dem Ersuchen nicht, so kann er das Verbot aufheben.

Beschlagnahme und Verbot von Druckschriften

Nach § 9 können periodische Druckschriften verboten werden, aus den gleichen Gründen, aus denen Versammlungen aufgelöst werden können, wenn durch ihren Inhalt die Strafbarkeit einer der in den §§ 81 bis 86, 92 Nr. 1 des Strafgesetzbuches oder in den § 1/4 des Gesetzes gegen den Verkehr militärischer Geheimnisse bezeichneten Behandlungen begründet wird. Wenn in ihnen zu Gewalttätigkeiten aufgefördert oder angereizt wird, oder wenn in ihnen Gewalttätigkeiten, nachdem sie begangen worden sind, verherrlicht werden. Wenn in ihnen zu einem Generalstreik oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betriebe aufgefördert oder angereizt wird, wenn in ihnen öffentlich unrichtige Nachrichten enthalten sind, deren Verbreitung geeignet ist, lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden, wenn als verantwortlicher Schriftleiter dem Verbot des Reichsgesetzes vom 4. März 1933 zumider jemand bestellt oder benannt ist, der nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden kann.

Die Dauer des Verbotes darf bei Tageszeitungen vier Wochen, in anderen Fällen sechs Monate nicht überschreiten. Diese Beschränkung fällt fort, wenn eine periodische Druckschrift, die auf Grund der Vorschriften dieser Verordnung bereits zweimal verboten war, innerhalb dreier Monate nach dem ersten Verbot erneut verboten wird. In diesem Falle darf die Dauer des Verbotes bei Tageszeitungen sechs Monate, in anderen Fällen ein Jahr nicht überschreiten.

Die §§ 10 bis 12 regeln in Anlehnung an die bisherigen Bestimmungen Zuständigkeit und Rechtsmittel bei Verbot von periodischen Druckschriften und etwaigen Ersatzblättern.

It in einer periodischen Druckschrift, die nicht im Inlande erscheint, eine Veröffentlichung der in § 9 bezeichneten Art enthalten, so kann der Reichsminister des Innern ihre Verbreitung im Inlande bis zur Dauer von sechs Monaten verbieten. Gegen das Verbot ist kein Rechtsmittel zulässig.

§ 23 gibt die Möglichkeit zur Schließung von Räumlichkeiten, die als Stützpunkte für politische Straftaten benutzt werden. Er bestimmt u. a.: Räumlichkeiten, von denen aus eine Mehrheit von Personen aus politischen Beweggründen, aber zu politischen Zwecken Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen begangen hat, oder von denen nach den Umständen zu befürchten ist, daß sie von einer Mehrheit von Personen als Sammelstätten oder Stützpunkte für Gewalttätigkeiten benutzt werden oder in denen Schriften strafbaren Inhalts hergestellt oder zum Zwecke der Verbreitung vorrätig gehalten werden, können polizeilich

geschlossen werden, wenn dies für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Beseitigung der Gefahr der Wiederholung solcher Taten erforderlich ist. Die in solchen Räumlichkeiten befindlichen Personen können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden.

Handelt es sich um eine Gast- oder Schankwirtschaft, so kann die Erlaubnis zum Betriebe von der Ortspolizeibehörde bis zur Dauer von einem Jahr entzogen werden. Wer eine polizeilich geschlossene Räumlichkeit vor Aufhebung der Schließung benutzt oder anderen zur Benutzung überläßt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Gast- oder Schankwirten, die wegen Zuwiderhandlung gegen diese Vorschrift rechtskräftig verurteilt worden sind, kann für eine bestimmte Zeit oder für die Dauer der Inverfälligkeit im Sinne des Gastwettengesetzes vom 23. April 1930 abgeprochen werden.

Die Neuordnung in Preußen

Der Reichskommissar erhält die Befugnisse des preußischen Staatsministeriums — Der Landtag aufgelöst

Notverordnung des Reichspräsidenten

Berlin, 6. Febr. Es wird folgende „Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen“ veröffentlicht:

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 der Reichsverfassung wird folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Durch das Verhalten des Landes Preußen gegenüber dem Urteil des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich vom 25. Oktober 1932 ist eine Verwirrung im Staatsleben eingetreten, die das Staatsleben gefährdet. Ich übertrage deshalb bis auf weiteres dem Reichskommissar für das Land Preußen und seinen Beauftragten die Befugnisse, die nach dem erwähnten Urteil dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern zustehen.

§ 2. Mit der Durchführung dieser Verordnung beauftrage ich den Reichskommissar für das Land Preußen.

§ 3. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Der Reichspräsident. (gez.) a. Hindenburg.
Für den Reichskanzler. (gez.) v. Papen

Aus der Begründung

Die Entwicklung der Regierungsverhältnisse in Preußen hat den Herrn Reichspräsidenten noch einmal veranlaßt, einzugreifen. Eine Möglichkeit, auf der Grundlage des Urteils des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich vom 25. Oktober 1932 zu geordneten Verhältnissen zu kommen, hat sich nicht ergeben. Vielmehr sind aus dem Nebeneinander zweier Regierungen in Preußen so unerträgliche Verhältnisse entstanden, daß ihre Beseitigung zur Wiederherstellung der Staatsautorität unbedingt geboten ist.

Es hat sich klar gezeigt, daß kein Land zwei Regierungen haben, kein Beamter zwei Herren dienen kann. Die gegenwärtige Lage Deutschlands erfordert es gebieterisch, daß im Reich und im größten deutschen Lande eine einheitliche politische Willensbildung erreicht wird. Auch die heute mehr denn je notwendige Sparsamkeit bei der Verwendung öffentlicher Mittel läßt die Aufrechterhaltung zweier Regierungen nicht mehr zu.

Soweit die Landesregierung in dem ihr verbleibenden Bereiche die Geschäfte in eurer Art führen sollte, in der eine Pflichtverletzung gegenüber dem Reich zu erklaren ist, würde der Reichspräsident auf Grund von Artikel 48 Absatz 1 weitergehende Eingriffe in die Rechte des Landes vornehmen können. Im übrigen ließe es bei dem preußischen Landtag, zu versuchen, ob durch Bildung einer neuen preußischen Landesregierung dem jetzigen Zustand ein Ende bereitet werden würde.

Im Anschluß hieran wird in der Begründung zur Verordnung angeführt, daß der gegenwärtige provisorische Zustand unerträglich und mit dem Wohle des Staates unvereinbar sei. In den Handlungen des Landtags und des Ministerpräsidenten, die tatsächlich bewirkten, daß dieser Zustand aufrecht erhalten bleibe, liege die Pflichtverletzung des Landes, auf der die gegenwärtige Notverordnung beruhe.

Neue Klage in Leipzig

Berlin, 6. Febr. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. meldet, beschließt Dr. Otto Braun und die von der jüngsten Notverordnung über Preußen direkt betroffenen Persönlichkeiten, sich mit einer neuen Klage an den Staatsgerichtshof zu wenden. Die Frage, ob nach der durch die Notverordnung „bis auf weiteres“ ausgesprochene formale Entziehung die davon betroffenen Herren überhaupt noch Aktivegen sein für die Klage in Leipzig haben, wird von ihnen bestritten. Sie wird darauf hingewiesen, daß der Staatsgerichtshof früher bei Gelegenheit der Auflösung von Gemeinden entschieden habe, daß eine Aktivegen nation für die aufgelösten Gemeinden zur Durchführung einer solchen Klage gegeben sei. Entsprechendes müsse auch in diesem Falle gelten.

Preussischer Landtag aufgelöst

Berlin, 6. Febr. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. meldet, ist am Montag nachmittag im Dreimännertkollegium mit den Stimmen des Reichskommissars von Papen und des Landtagspräsidenten Kerrel gegen die Stimme des Staatsratspräsidenten Adenauer die Auflösung des preußischen Landtages zum 4. März beschlossen worden. Die Neuwahl des preußischen Landtages soll gleichfalls am 3. März erfolgen.

Notverordnungen im Spiegel der Presse

Berlin, 6. Febr. Die beiden Notverordnungen vom Montag werden viel besprochen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung spricht von der „Beseitigung der unhaltbaren Doppelherrschaft in Preußen“. Es handle sich nicht um ein Eingreifen des Reiches gegen eine schuldhaft führende Landesregierung, sondern um die Beseitigung der unzumutbaren Lage, daß das größte deutsche Land zwei Regierungen besitzen habe.

Die Deutsche Zeitung bewertet beide Notverordnungen als „Ausräumungsarbeiten“, die dem Kabinett der nationalen Erhebung den Weg freimachen sollen für die Bewältigung der ungeheuren Aufgaben, die vor ihr liegen.

Die Deutsche Tageszeitung bringt die Heberschrift „Regierung Otto Braun fastgestellt“.

Die Börsenzeitung bezeichnet Braun-Severing als „endgültig abgesetzt“.

Das Berliner Tageblatt ist der Ansicht, daß der Weg, der mit der neuen Verordnung über die Abberufung der Regierung beschritten werde, gefährliche Konsequenzen für die Rechtschaffenheit und das Verhältnis zwischen der Reichsregierung und den Ländern eröffne. Wenn alle Warnungen vergeblich gewesen seien, müsse wenigstens am ersten Tage bereits die Verantwortung für diesen bedenklichsten Schritt festgestellt werden, der jetzt dem Bestand der Verfassung auf dem Rechtsgebiete unternommen worden sei.

Die Hoffische Zeitung spricht von einer „neuen Exekution neuen Preußen“ und sagt: War schon die erste Reichsdekretation gegen Preußen ein bedenklicher, kaum zu rechtfertigender Eingriff in das Hoheitsrecht des größten deutschen Freistaates, dann gilt das in noch höherem Maße von der zweiten, die nur veranlaßt worden ist durch den Willen der herrschenden Parteien, in Preußen Neuwahlen zu erzwängen.

Das Lichtdruckblatt bringt die Schlagzeile „Hindenburg hebt Weimarer Urteil auf — Staatsregierung ausgeschaltet“.

Die Deutsche Tageszeitung meint, daß man mit den Einschränkungen der Versammlungsfreiheit eine brauchbare Grundlage geschaffen habe, um namentlich die kommunistische Agitation weitgehend unterbinden zu können.

Das Eingreifen in Preußen

Berlin, 7. Februar. Die gestrige Preußen-Notverordnung und die Auflösung des Landtags bilden das Hauptthema der heutigen Morgenblätter. Die Ausführungen der Zeitungen sind vor allem auf die rechtliche Bedeutung und Auswirkung des neuen Maßnahmen in Preußen gerichtet. Die der Reichsregierung nahestehende Presse, die in politischer Hinsicht die Beseitigung der bisherigen Hohheitsregierung Braun-Severing als eine Klärung der Lage ansieht, unterstreicht die rechtlichen Grundlagen der Notverordnung, die in der Begründung eindeutig zum Ausdruck käme. Die oppositionelle Presse dagegen vertritt unter Berufung auf die vorjährige Entscheidung des Staatsgerichtshofes den Standpunkt, daß die Hohheitsregierung nicht beseitigt werden könne.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ führt aus, daß wirklich nichts anderes übrig geblieben sei als die Landtagsauflösung durch Kerrel und Papen, da der Landtag seine Pflicht, eine neue Regierung zu wählen, nicht erfüllt habe und da noch Ministerpräsident Braun durch seine Stimme im Dreimännertkollegium den Weg für eine vernünftige Lösung versperrte.



Demgegenüber betont das „Berliner Tageblatt“, daß die in der offiziellen Begründung genannten Argumente niemals eine Handhabe gegen die Hohheitsregierung ergäben, der wirklich niemand den Vorwurf machen könne, daß sie sich einer lokalen Durchführung des Leipziger Urteils widerlegt habe.

Der „Völkische Beobachter“ führt aus, daß eine Störung der öffentlichen Ordnung in Preußen nicht zu befechten sei. Da die Quelle dieser Unordnung der preußische Landtag sei, müsse er verschwinden. Bedenken gegen eine Auflösung beständen in konstitutioneller Beziehung nicht, die Gewalt des Reichspräsidenten sei nicht auf bestimmte Handlungsformen festgelegt, sie erstrecke sich im Rahmen der „Generalklausel“ auf die „notigen Maßnahmen“, wobei es ganz im Ermessen des Reichspräsidenten liege, welche Maßnahmen er treffen wolle.

Eine Entschliegung der nationalsozialistischen Journalisten

Berlin, 7. Februar. Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht eine Entschliegung der Reichsarbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Journalisten, die dem Reichspräsidenten, dem Reichsfinanzminister und den Reichsministern des Innern und der Justiz telegraphisch übermittelt worden ist. Die Reichsarbeitsgemeinschaft begrüßt in ihrer Entschliegung die Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes und wendet sich dann sehr scharf gegen die Protesterklärung des Reichsverbandes der Deutschen Presse, dem sie das Recht abspriecht, namens der deutschen Presse gegen die Verordnung zu protestieren.

Politische Zusammenstöße

2 Tote bei einer politischen Schießerei in Dormagen

Düsseldorf, 6. Februar. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde in der Nacht zum letzten Samstag in Dormagen ein Trupp SA-Leute auf der Hauptstraße von Kommunisten überfallen. Ein SA-Mann erhielt einen schweren Bauchschuß, an dessen Folgen er Sonntagmorgens starb. Der Kommunist, der den Schuß abgegeben hatte, flüchtete, wurde aber durch einen Schuß der verfolgenden Polizeibeamten schwer verletzt. Er ist ebenfalls an den Folgen dieser Verwundung gestorben.

Nationalsozialistischer Trauerzug in Duisburg beschossen

Duisburg-Hamborn, 6. Februar. Bei der Beerdigung des bei den Homberger Unruhen erschossenen SA-Mannes Pfaffenrath kam es heute nachmittags zu einem Zwischenfall, dessen Tragweite bis jetzt noch nicht zu übersehen ist, da sämtliche Polizeikommandos mit der Aufrechterhaltung der Ruhe beschäftigt sind. Als der Zug der Nationalsozialisten das Dell-Biertel durchzog, wurde er plötzlich, anscheinend vom Eisenbahngelände aus, salvenartig beschossen. Die Menge, die auf der Straße Spalier bildete, stob panikartig auseinander. Hierbei kamen viele Personen zu Fall. Der Vorfall spielte sich unmittelbar in der Nähe des Polizeipräsidiums ab. Schutzpolizei, verstärkt durch auswärtige Kommandos, hatten alle Vorkehrungen zur Sicherung des Zuges getroffen. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob und wie viele Personen verletzt worden sind.

Blutbad in einem nationalsozialistischen Verkehrslokal

Hamburg, 6. Februar. In einem Verkehrslokal der Nationalsozialisten in der Beverstraße im Stadtteil St. Georg ereignete sich heute abend eine schwere Blutbad. Der Schlosserlehrling Herbert Reubauer wurde beim Ausschließen der Toilette vom Hof aus durch das geöffnete Fenster von unbekannten Tätern erschossen.

Politischer Zusammenstoß in Oberhausen

Oberhausen, 6. Februar. In der letzten Nacht kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern. Ein Kommunist wurde durch einen Lungenschuß schwer verletzt. Zwei Reichsbannerleute erlitten Stich- und Schlagverletzungen.

Schießerei in Köln — Vier Verletzte

Köln, 6. Febr. In der Altstadt kam es nachts zu einer Schießerei angeblich zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei der vier Personen verletzt wurden, unter ihnen zwei Männer durch Bauch- und Brustschüsse und eine Frau.

Hugenberg über die Behandlung der wirtschaftspolitischen Tagesfragen

Berlin, 6. Februar. In einer Unterredung, die ein Mitarbeiter des Berliner „Totalanzeigers“ mit Reichsminister Dr. Hugenberg hatte, erklärte dieser u. a.:

Sie legen mir eine Reihe von Fragen vor, die sich auf angebliche wirtschaftspolitische Pläne der neuen Regierung beziehen. Wobin im allgemeinen meine wirtschaftspolitischen Auffassungen gehen, brauche ich nicht darzulegen, da ich ja in dieser Hinsicht kein unbeschriebenes Blatt bin. Wie und wo im einzelnen die vielen brennenden Fragen anzufassen sind, möchte ich mit derjenigen Ruhe entscheiden, die man auch in unruhigen Zeiten nicht verlieren soll. Ich bitte freundlichst davon abzugehen, daß alles falsch ist, was in diesen Tagen über wirtschaftspolitische Absichten geschrieben wird, wenn es nicht von mir kommt. Mir scheint, daß diejenigen schlecht beraten sind, die jetzt auf unseren Rentenmarkt drücken. Zwangseinbrüche in die bestehenden Zinsvereinbarungen, wie sie die Dezemberverordnung des Kabinetts Brünning enthielt, entsprechen meinen wirtschaftspolitischen Auffassungen ebensowenig wie sonstiges Herumpflücken des Staates an Dingen, die sich organisch aus sich selbst entwickeln können. Damit vertrete ich natürlich nicht die Theorie vom Staate als Raubwächter. Daß Staat und Wirtschaft an einer organischen Symbiose des übermäßig hohen Zinsfußes gleichmäßig interessiert sind, bedarf keines Wortes. Auch für den Gläubiger ist die so oft bedrohte Sicherheit des Sparkapitals wichtiger

als die Höhe des durch die organische Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten Zinsfußes. Darum gibt es in Wahrheit keinen Gegensatz zwischen Schuldner und Gläubiger. Ihr gemeinsames Interesse besteht in der Wiederherstellung der Sicherheit, d. h. des Vertrauens.

Maßregelung der katholischen Kirche gegen einen Andersdenkenden

Der Bischof von Linz hat kürzlich, wie berichtet wurde, in einem Hirtenbrief gegen den Nationalsozialismus Stellung genommen. Mit diesem Hirtenbrief setzte sich der ehemalige Abt von Emmaus-Prag, der Benediktiner Schachleiter, im „Völkischen Beobachter“ auseinander. Daraufhin hat nun das erzbischöfliche Ordinariat von München-Freising einen Erlaß im Amtsblatt veröffentlicht, worin es u. a. heißt: Vater Alban Schachleiter sehe sich nicht nur mit dem Bischof von Linz, sondern mit allen Bischöfen in Widerspruch, die einhellig vor dem Nationalsozialismus gewarnt haben, weil er Anschauungen verfolge und verbreite, die mit der katholischen Lehre unvereinbar seien. Sein Auffaß im „Völkischen Beobachter“ sei keine Beruhigung für strenggläubige Katholiken, sondern eine Irreführung. Er bedeute eine offene Auflehnung gegen die kirchliche Ordnung und gebe allen kirchlich gesinnten Katholiken schwerstes Kergernis. Abt Alban Schachleiter, gegen den ohnehin ein Verfahren anhängig sei und dem auf Grund einer oberhirtlichen Entschliegung die Zelebrationserlaubnis innerhalb der Erzdiözese München und Freising entzogen wurde, werde sich vor der zuständigen kirchlichen Stelle zu verantworten haben.

Aus dem Wahlkampf

Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei

Berlin, 6. Febr. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei nahm in einer vollständig aus allen Wahlkreisen besetzten Versammlung zur politischen Lage Stellung. Den einleitenden Bericht erstattete der Parteiführer, Reichstagsabg. Dingeldey. Die Deutsche Volkspartei werde der neuen Regierung nicht mit grundsätzlicher Opposition begegnen, sondern ihre Haltung von den Taten des Kabinetts abhängig machen. Ein einseitiger Agrarkurs am Rohen der berechneten Volksschichten sei ebenso wenig erträglich wie eine Politik zu Lasten der Arbeiter und des Mittelstandes. Nach eingehender Aussprache wurde eine Entschliegung angenommen in der es heißt: Die Deutsche Volkspartei stellt sich entschlossen in die Front gegen den Bolschewismus und gegen die Wiederkehr einer schwarz-roten Herrschaft. Die in der Regierung Hitler-Hugenberg zusammengeschlossenen Parteien stellen eine wahrhafte Konzentration aller nationalen Kräfte nicht dar. Je härter die DSp. aus den Wahlen hervorgeht, um so härter ist die Gewähr gegeben, daß die Kraft der nationalen Erhebung zur vollen Geltung kommt. Mit Sorge vermischt die Deutsche Volkspartei bis zum heutigen Tage jedes klare Staats- und wirtschaftspolitische Programm der neuen Regierung. Sie wird deshalb innerhalb der zu erreitenden nationalen Weisheit der Kämpfer gegen Parteibildung und gefährliche Wirtschaftsexperimente sein.

Die Bayerische Volkspartei

München, 6. Febr. Unter dem Vorsitz des Staatsrats Schäfer tagte der Landesauschuß der Bayerischen Volkspartei. In einer Entschliegung zur politischen Lage im Reich werden die bekannten Anklagen gegen die Reichsregierung erhoben, daß die Begründung für die Reichstagsauflösung, die Bildung einer arbeitsfähigen Reichstagsmehrheit habe sich als unmöglich herausgestellt, unwahr, und daß die Bayerische Volkspartei überhaupt nicht gehört und befragt worden sei. Schäffer bezeichnete in seiner Eröffnungssprache diese Politik als „bewußte antikatholische Tendenz“, die sich seit dem Sommer 1932 durch alle Wirrnisse der deutschen Innenpolitik hindurchziehe, um unter keinen Umständen eine Regierungsbildung zustandekommen zu lassen, bei der Zentrum und Bayerische Volkspartei beteiligt seien. Der Reichstagsabgeordnete Prälat Lecht, der Fraktionsführer im Reichstag, steht in dieser Tendenz den Willen, die „Schwarzen“, die politische Vertretung der deutschen Katholiken, „an die Seite der Sozialdemokraten und Kommunisten zu drücken“.

Wirtschaftspartei im Wahlkampf

Berlin, 6. Febr. Wie das Nachrichtenbüro des VöD, meldet, hatte die Wirtschaftspartei ihre Vertrauensleute aus allen Wahlkreisen zu einer politischen Aussprache nach Berlin berufen. Die Aussprache ergab völlige Einmütigkeit über folgende Punkte: Die Wirtschaftspartei läßt sich in ihrer Einstellung zur neuen Reichsregierung durch keinerlei parteipolitische Rücksichten leiten. Sie erwartet von dieser Regierung diejenigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Maßnahmen, die von allen nationalen Schichten gefordert werden. Dazu gehört vor allem die sofortige Durchführung wirksamer Schutz- und Förderungsmaßnahmen zugunsten der schwer bedrängten deutschen Mittelschichten. Die Wirtschaftspartei beteiligt sich selbständig an den bevorstehenden Wahlen. Einer ernsthaften Zusammenfassung der bürgerlich-nationalen Schichten Deutschlands wird die Wirtschaftspartei sich mit allen Kräften zur Verfügung stellen.

Ernennung des Reichswahlleiters

Berlin, 6. Febr. Der Reichsminister des Innern hat zum Reichswahlleiter den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Wagmann ernannt.

Die Parteien auf der Reichsliste

Berlin, 6. Febr. Wie das Nachrichtenbüro des VöD, meldet, hat der Reichsminister des Innern die Nummernfolge der einzelnen Parteien zur bevorstehenden Reichstagswahl auf der Reichsliste wie folgt festgesetzt:

- 1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.
- 2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
- 3. Kommunistische Partei Deutschlands,
- 4. Deutsche Zentrumspartei,
- 5. Deutschnationale Volkspartei,
- 6. Bayerische Volkspartei.

- 7. Deutsche Volkspartei,
- 8. Christlich-Sozialer Volksdienst,
- 9. Deutsche Staatspartei,
- 10. Deutsche Bauernpartei,
- 11. Landbund (Württembergischer Weinbauverbund),
- 12. Deutsch-Dänische Partei,
- 13. Thüringischer Landbund,
- 14. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Völkischvolk).

Der Festlegung dieser Nummernfolge war eine Aussprache der Parteiführer im Reichsinnenministerium vorausgegangen. Auf etwaige Verbindungen in den einzelnen Wahlkreisen brauchte man bei Aufstellung der Nummernfolge für die Reichsliste keine Rücksicht zu nehmen. Die Parteien haben vielmehr noch bis zum 16. Februar Zeit, solche Verbindungen in den einzelnen Wahlkreisen einzugehen. Es sind entschiedene Bestrebungen auf Verbindungen kleinerer Parteien im Ganzen, die das Ziel verfolgen, alle für diese Parteien abgegebenen Stimmen zu verwerten.

Genfer Aussprache über franz. Abrüstungsplan

Genf, 6. Febr. Im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz wurde am Montag die Aussprache über den französischen Sicherheits- und Abrüstungsplan fortgesetzt. Der Vertreter Griechenlands, Politis, trat vorbehaltlos für den französischen Plan ein.

Eine gewisse Ueberraschung brachte eine kurze Erklärung des polnischen Vertreters Rajkowski, der die Zustimmung der polnischen Regierung zu den französischen Sicherheitsplänen betonte, jedoch feststellte, die bisherige Diskussion habe bereits einwandfrei ergeben, daß der französische Sicherheitsplan im Augenblick undurchführbar sei.

Der russische Volkskommissar Litwinoff führte in einer kurz propagandistischen Rede den französischen Plan ab abzurufen, indem er zu den allgemeinen französischen Sicherheitsvorstellungen der Konferenz ein sowjetrussisches detailliertes Projekt über die Bestimmung des Angreifers vorlegte. Er stellte den Antrag, daß dieser Vorschlag zusammen mit dem französischen Plan erörtert werde.

Mandschukuo wird nicht anerkannt

Die Beratungen in Genf

Genf, 6. Febr. Der Neuzuscher-Ausschuß der außerordentlichen Völkerverversammlung hat die Beratungen über praktische Vorschläge, die der Völkerverammlung zur Regelung des chinesisch-japanischen Konfliktes gemacht werden sollen, fortgesetzt.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Mitglieder des Ausschusses sich ziemlich übereinstimmend dahin ausgesprochen haben, daß der Bericht an die Völkerverammlung die juristische und tatsächliche Nichtanerkennung des Mandschukuo enthalten soll und daß die Mitgliedsstaaten des Völkerverbundes sogar aufgefordert werden, mit dem neuen Staat nicht zusammenzuarbeiten. Weiter heißt es, daß die Nichtmitgliedsstaaten, vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußland, aufgefordert werden sollen, sich der Haltung des Völkerverbundes anzuschließen.

Japanische Vorbereitungen zur Eroberung von Jehol

London, 6. Febr. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Peking meldet: Der japanische Feldzug zur Eroberung der Provinz Jehol sei bereits in vollem Gange. Japanische Kolonnen rücken über die zerstörten Pässe vor. Die Japaner beabsichtigen, bis zum 20. Februar die Hauptstadt Jehol und andere wichtige strategische Punkte zu besetzen.

Japan dementiert den Vormarsch

Tokio, 6. Febr. (Reuter.) Im Außenministerium wird die Meldung von einem begonnenen Vormarsch der japanischen Truppen gegen Jehol dementiert.

Neues vom Tage

Auflösung des Hessischen Landtages abgelehnt

Darmstadt, 6. Febr. In einer nur einstündigen Sitzung beschloß sich der Hessische Landtag mit dem nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Landtages und Neuwahlen. Für die Auflösung stimmten die Nationalsozialisten, das Volkvolk und die Deutsche Volkspartei. Die verfassungsmäßig notwendige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.

Feuerüberfall auf ein evangelisches Pfarrhaus

Dirschau, 6. Febr. Eindiebstahl drangen in der Nacht zum Montag in das evangelische Pfarrhaus Swarzhain bei Dirschau ein. Auf den Pfarrer, der den Eindiebstahl entgegentrat, wurde geschossen, er blieb aber unverletzt. Die Eindiebstahlflüchtigen gaben aber noch von außen Schüsse gegen das Haus ab. Bisher ist es noch nicht gelungen, die Täter zu ermitteln.

Zusammenstoß in Columbien — 18 Tote

Bogota, 6. Febr. Aus Anlaß von Wahlen kam es hier mehrfach zu Zusammenstößen, in deren Verlauf 18 Personen getötet und etwa 20 verletzt wurden.

Der holländische Panzerkreuzer bei Sumatra

Amsterdam, 6. Febr. Meldungen aus Niederländisch-Indien zufolge treuzt der Panzerkreuzer „Jeven Provincien“, auf dem die eingeborene Mannschaft meutert, zur Zeit längs der Westküste von Sumatra. Die Meuterer haben drohtlos belanntgegeben, daß sie sich mit dem Schiff auf dem Wege nach dem Flottenstützpunkt Soerabaja befinden. Die auf dem Panzerkreuzer ausgebrochene Meuterei hat in ganz Holland gewaltiges Aufsehen hervorgerufen. Auch in Regierungskreisen empfindet man die Vorfälle an Bord der „Jeven Provincien“ als eine sensationelle Ueberraschung. In holländischen Marinekreisen bezeichnet man es als unbegreiflich, daß es den eingeborenen Matrosen ohne die Mitwirkung von europäischen Offizieren oder Unteroffizieren gelungen sein soll ein so großes Kriegsschiff wie die „Jeven Provincien“, das ca. 5000 Tonnen mißt, in See gehen zu lassen.



Aus Stadt und Land

Altensteig, den 7. Februar 1933.

Welt. Statistik der Auswanderungslustigen für das Jahr 1932. Im Jahre 1932 ist die Zahl der Personen, die sich für eine dauernde Ueberwanderung ins Ausland haben auskennen lassen, erneut zurückgegangen. Sie betrug nur 625 gegen über 875 für das Jahr 1931, 2377 für 1930, 3884 für 1929 und 4377 für 1928. Dieser starke Rückgang während der letzten Jahre erklärt sich weniger aus einem Nachlassen des Auswanderungsdranges, als vielmehr aus den sich immer weiter verschärfenden Einreisestimmungen der überseeischen Zielländer und der immer strengeren Handhabung der insbesondere in den Ländern Europas für Ausländer vorgeschriebenen Genehmigung zur Arbeitsaufnahme. Weitere Feststellungen über die Auswanderungslustigen im Jahre 1932 ergeben, daß 555 Personen einzeln und 70 im Familienverband auszuwandern beabsichtigten. Wie schon in den letzten Jahren, so sind auch in diesem Jahre dem Geschlecht nach die Frauen und Mädchen mit 321 (gegenüber 304 Männern) in der Uebersahl. Innerhalb der verschiedenen Gebiete des Landes weist der frühere Schwarzwaldkreis (mit 197) die meisten Auswanderungslustigen auf; an zweiter Stelle ist der Donaufreis (mit 162) zu nennen und erst auf dem dritten Platz folgt der Neckarreis (mit 106), der hinsichtlich seiner Volkszahl und Bevölkerungsdichte alle übrigen Kreise weit übertrifft. Aus dem Jagstkreis schließlich rückten im Jahre 1932 insgesamt 106 Auswanderungslustige. Während noch bis vor einigen Jahren die Vereinigten Staaten von Nordamerika das wichtigste Auswanderungsziel waren, beabsichtigten im Jahre 1932, wie auch schon im Jahre 1931, die meisten Auswanderungslustigen nach der benachbarten Schweiz auszuwandern.

Anmeldungen für die höheren Schulen. Die höheren Schulen in Deutschland befinden sich in einem Schrumpfungsprozess, der zunächst überdeckt war, im Frühjahr 1932 aber ganz deutlich in Erscheinung trat. Da verloren die öffentlichen höheren Knaben- und Mädchenschulen mit einem Auf 45 000 Schüler, davon die höheren Knabenschulen allein 31 000. Am stärksten wurden die ersten Klassen (Sexten) betroffen. Sie allein verloren 28 000 Schüler und Schülerinnen. Der Rückgang gegen das Vorjahr betrug bei ihnen 32,4 Prozent, also fast ein Fünftel des Bestandes. An vielen Stellen sind die Schülerzahlen schon auf den Stand der Vorkriegszeit oder unter diesen gesunken. Auch in Württemberg stehen die ersten Klassen der höheren Knabenschulen in ihrer Schülerzahl etwa auf dem Stande von 1910; auch der Anteil an einem Schülerjahrgang ist ungefähr gleich wie vor dem Kriege. Im Frühjahr 1933 wird sich die Schrumpfung fortsetzen. Wo in Nord- und Mitteldeutschland die Anmeldungen schon abgeschlossen sind, sind sie nochmals um ein Fünftel, teilweise auch wesentlich mehr zurückgegangen. In Württemberg laufen die Fristen für die Anmeldungen erst in den nächsten Tagen ab, für Groß-Stuttgart am 8. Februar. Genaue Zahlen können also noch nicht vorliegen. Nach dem bisherigen Eingang von Anmeldungen ist mit einem erheblichen Rückgang zu rechnen. Die Zahlen der ersten Klassen werden also abfallen und in ihrem Verhältnis zum gesamten Schülerjahrgang voraussichtlich unter den Vorkriegszahlen liegen.

Beihilf- und Fohlenseld. Mit Genehmigung des württ. Wirtschaftsausschusses ist für die Beihilfzeit 1933 auf den staatlichen Beihilfslatten das von den Studienbesitzern vor dem ersten Decken der Stuten zu entrichtende Beihilfsgeld auf 10 RM festgesetzt worden. Außerdem ist von den Studienbesitzern ein Fohlenseld von 5 RM zu entrichten. Eine Rückerstattung des Fohlenseldes findet nicht statt. Für die Besitzer der in das Stutbuch des Württ. Pferdesportvereins eingetragenen Stuten wird das Beihilfsgeld auf 7 RM ermäßigt. Diejen Studienbesitzer, die auch die Auswahl unter den auf der Wlatte lebenden Hengsten zu; sie können beantragen, daß ihre Stuten vor den gleichzeitigen der Platten zugeführt, nicht angeführten Stuten gestellt werden.

Freie Turnerschaft. Letzten Samstagabend hielt die Freie Turnerschaft ihre ordentliche Hauptversammlung im Lokal zum „Engel“ ab. Vorstand Hennefarth begrüßte die erschienenen Mitglieder und erstattete den Tätigkeitsbericht, aus welchem zu entnehmen war, daß der Verein vergangenes Jahr gute Arbeit im Interesse der Arbeitersportbewegung geleistet hat. Kassier Higel erstattete den Kassenbericht, welcher über Erwarfen gut ausfiel. Schriftführer Karl Steeb gab noch einen kurzen Rückblick über das verlossene Jahr. Bei den Neuwahlen kam die Einmütigkeit des Vereins zur Geltung, da sämtliche Funktionen einstimmig wiedergewählt wurden. Ferner wurde beschlossen, falls erstklassige Sportler von Stuttgart gewonnen werden können, im März einen Sport-Unterhaltungsabend abzuhalten, in welchem dann dem Altensteiger Publikum auch sportliche Leistungen im Bogens und Ringen demonstriert werden können, um so die Beiseitigkeit des Arbeitersportes zu dokumentieren. Zum Schluß dankte der Vorstand allen Funktionären für ihre Mühe und Arbeit im Verein und forderte alle auf, unermüdet für den Arbeitersport zu werden, damit in Altensteig der Arbeitersportverein den Platz einnehme, der ihm gebührt.

Kagold, 6. Februar. („Die Försterrüstel.“) Vor zwei ausverkauften Häusern führte am Samstag und Sonntag der Vereinstag Nieder- und Sängerkonzert die Operette „Die Försterrüstel“ auf. Die beiden Aufführungen waren Glanzleistungen in gesanglicher, szenischer, mimischer und musikalischer Hinsicht und verdienen höchste Anerkennung. Der Regie Präzeptor Wielands und der musikalischen Leitung von Hauptlehrer Riß ist die Gestaltung des Ganzen geradegu musterhaft gelungen.

Wildberg, 5. Februar. (Waldbbrand.) Gestern Abend halb 6 Uhr wurde zwischen Emmingen und Wildberg, ungefähr 200 Meter unterhalb dem Pfondorfer Steinwerk ein Waldbrand beobachtet, dem ca. dreiviertel Morgen grasbestandene niedere Kultur eines Privatwaldes zum Opfer fiel. Das Feuer wurde von einem Freudenstädter Omnibus aus zuerst gesehen und offenbar auch gelöscht, so daß der unmittelbar dahinterstehende Hochwald verschont blieb.

Freudenstadt, 6. Februar. (Die Weltmeisterschaft im Schiaus und kein Schnee. — Ein Vorschlag zur Abhilfe.) Die Weltmeisterschaft im Schiaus, die für Freudenstadt-Baiersbronn das größte Ereignis in diesem Jahr werden soll, ist nicht mehr fern. Alles ist gut vorbereitet, aber eines, das Allernotwendigste, ist nicht vorhanden, nämlich der Schnee. Und dabei fehlen nach Ansicht des fachkundigen Meteorologen von Freudenstadt bisher alle Anzeichen für den Eintritt einer neuen Kälteperiode. Linde Lüfte wehen über die Höhen des Schwarzwaldes. Unter diesen

Umständen steht man der Weltmeisterschaft mit Hangen und Bangen entgegen und fragt sich, was daraus noch werden soll. An einem Stammtisch, an dem auch Kallauer Zutritt haben, ist ein Vorschlag zur Abhilfe gemacht worden. Abhilfe, wie denn? Das ist doch sehr einfach, sagte der Wigbold, man läßt am nächsten Sonntag aus ganz Deutschland mindestens 5000 Konditoren nach Freudenstadt kommen. Ja, wozu denn? Na, die sollen Schnee schlagen, damit man die Weltmeisterschaft austragen kann.

Bad Liebenzell, 6. Februar. (Lagerkurs.) Im Erholungsheim Ronbachtal bei Bad Liebenzell wurde ein sechswöchiges Schulungs- und Lagerlager für freiwillige Arbeitsdienstes eröffnet. Lagerführer ist Studienassessor B ä r g e r vom Heimatwert Stuttgart. Die 45 Teilnehmer, die von württembergischen, bairischen und heffischen Heimatwerken, Arbeitsämtern und Verbänden vorgeschlagen und vom Bezirksobermannschaften für den freiwilligen Arbeitsdienst Süddeutschland K ä l l i n bestimmt wurden, waren bereits praktisch im Arbeitsdienst tätig.

Bietzenfeld, 5. Februar. Die Werkstätte der Gemeinde Bietzenfeld im Steinbruch Schönbühl wurde zerstört und daraus verschlossene Gerätschaften entwendet. Beim Suchen einer fehlenden Säge wurde in nächster Umgebung ein Hase lebend in einer Schlinge gefunden, ein anderer hatte sich bereits zu Tode gewürgt. Außerdem wurden ungefähr fünfzehn gelegte Schlingen entdeckt.

Dägingen, O.A. Böblingen, 5. Februar. Ein frecher Raubüberfall ereignete sich abends an der Bahnunterführung beim Wiedmaier'schen Sägewerk. Als die 26 Jahre alte hier beschäftigte Buchhalterin Gretl Schipperl von Weidensfeld auf den Zug wollte, wurde sie hinter der Bahnunterführung von einem Burschen angefallen, der ihr die Handtasche entreißen wollte. Bei der Kauferei flog die Tasche beiseite. Auf die Hilferufe eilte vom Sägewerk ein Mann herbei, worauf der Täter ohne die Tasche die Flucht ergriff. Der Bursche mußte sich auskennen, denn er vermutete richtig, daß das Fräulein den Monatsgehalt bei sich hatte.

Kottweil, 6. Februar. In der Königstraße wollte ein Trossinger Personenkraftwagen, der von einer Dame gesteuert wurde, einem entgegenkommenden Personenkraftwagen ausweichen, wobei die Autolenkerin vollständig die Geistesgegenwart verlor und dadurch an einen Baum fuhr. Durch den Anprall wurden die Insassen (ein Herr und zwei Damen) am Kopfe leicht verletzt. Das Auto wurde stark beschädigt und mußte abgeschleppt werden.

Tuttlingen, 6. Februar. Eine Irishinenschafterin hat bei einem aus Eßlingen (Baden) stammenden Schwein zahlreiche Irishinen gefunden. Der Befund wurde vom Schlachthofdirektor Dr. Dolz und vom württ. Tierärztlichen Landesuntersuchungsamt bestätigt.

Sulz a. N., 6. Februar. Auch ein Zeichen der Zeit: Der altrenommierte Gasthof zur „Sonne“ ging um den Preis von 17 000 Mark an den Rechtsanwalt Schönluber in Kirchheim u. Teck über.

Stuttgart, 7. Febr. (Abgestürzt.) Montagvorm. stürzte ein 28 Jahre alter Dachdecker namens Albert Herzog aus Stetten i. N. vom Dach des vierstöckigen Hauses Blumenstraße 44 auf die Straße hinunter und blieb schwer verletzt auf den unmittelbar den Gehweg entlang führenden Straßenbahngleisen liegen. Der Dachdecker war mit der Befestigung eines Gerüsts beschäftigt gewesen und hatte bei der Arbeit das Uebergewicht bekommen. Sein schwerer Sturz in die Tiefe wurde durch einen Verbindungsdraht der Straßenbahnstromleitung aufgehalten, den der Mann im Falle geriff.

Zugführer. Die KBD. Stuttgart teilt mit: Auf dem Nebenbahnhof Jaurndau, der eingleisigen Nebenbahnstrecke Göppingen-Gmünd, fuhr Montag der Güterzug mit Personenbeförderung 306 Göppingen-Gmünd ab, ohne den Abfahrtsstraß des Fahrdirigenten abzuwarten. Vom Nachbarbahnhof Reichenbach war um diese Zeit der Personenzug 1 Gmünd-Göppingen unterwegs. Durch die Aufmerksamkeit der Lokomotivführer, die ihre Züge rechtzeitig zum Halten bringen konnten, wurde ein Zusammenstoß auf freier Strecke verhütet. Zu Schaden kam niemand. Beide Züge erlitten durch den Vorfall je 22 Minuten Verspätung.

Göppingen, 6. Febr. (Politische Ausschreitungen.) Im Anschluß an einen am Sonntag nachmittag von der nationalsozialistischen SA. und dem Stahlhelm durchgeführten Propagandamarsch durch mehrere Straßen der Stadt bildeten sich starke Ansammlungen von politischen Gegnern. Die in ihre Unterkünfte abziehenden Nationalsozialisten und Stahlhelmler wurden besonders von kommunistischen Störungsgruppen mit Schmäudsen begleitet. Der Aufforderung der Polizei, auseinander- und weiterzugehen wurde keine Folge geleistet und zum Teil tätlicher Widerstand entgegengesetzt. Daraufhin schritt die Polizei zur Räumung der gefährlichen Straßenteile unter Zuhilfenahme des Gummiknüppels. Die Widerständigen, sowie eine Anzahl kommunistischer Führer wurden festgenommen. Unter den festgenommenen befindet sich auch der kommunistische Landtagsabgeordnete Reim sowie Stadtrat Köfing.

Göppingen, 6. Febr. (Wieder ein Ueberfall.) Am Mittwoch Abend wurde in der Nähe des Schloßgutes Staufened bei Söhen wiederum ein Mädchen von einem unbekanntem Mann angefallen. Da die Ueberfallene sich dieses Mal bestimmte Anhaltspunkte über das Aussehen gemerkt hatte, gelang es, den Täter zu ermitteln. Es handelt sich um den 23jährigen Gelegenheitsarbeiter auf dem Schloßgut Staufened, Ernst Banzhaf von Göppingen, der die Tat zugab und dem die übrigen in letzter Zeit in der Gegend vorgekommenen Ueberfälle ebenfalls zur Last gelegt werden.

Hohenemmingen, O.A. Heidenheim, 6. Febr. (Kindest mit Beil.) Zwei Knaben im Alter von 12 und 13 Jahren ipalteten miteinander Holz. Dabei hatte der ältere dem jüngeren drei Finger an der rechten Hand beinahe ganz ab.

Nödingen, O.A. Ellwangen, 6. Febr. (Einkurz eines Wohnhauses.) Am Sonntag Abend kürzte das Wohnhaus von J. Oppold hier vollständig zusammen. Zum Glück konnten die Bewohner des Hauses, durch Abreisen der

Bände aufmerksam gemacht, noch im letzten Augenblick ins Leben retten. Auch das Vieh konnte noch losgebunden werden. Besonders tragisch war es, daß ein Sohn der Familie durch einen Beinbruch an das Bett gefesselt war. Gerade noch hinausgetragen, mußte er leben, wie eine Minute später seine Lagerstätte vollständig vernichtet war.

Ludwigsburg, 6. Febr. (Nächtliche Schlägerei.) Sonntag nacht entstanden vor der Wirtschaft zum „Kurfürsten“ Streithändel, die in eine Schlägerei ausarteten. Einer der Beteiligten schlug in seiner Erregung die Fensterhebe eines Kraftwagens ein und verletzte sich dabei so schwer am Arm, daß er in das Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Waiblingen, 6. Febr. (Unfall.) Am Freitag Abend fuhr der Mineralwasser- und Limonadenhändler Johann Schwaderer von hier mit seinem Pferdewerk nach Neukirch. Auf der Heimfahrt wurde Schwaderer eine größere Strecke Wegs vom Fuhrwerk geschleift. Dabei zog er sich lebensgefährliche Schädelbrüche zu. Der 62 Jahre alte Geschäftsmann ist im Bezirkskrankenhaus gestorben.

Wühlhütte, O.A. Badnang, 6. Febr. (Bürgermeisterwahl.) Bei der gestrigen Bürgermeisterwahl erhielt der selbsterwählte Bürgermeister Wilhelm 232 Stimmen, sein Gegenkandidat, Herrm. Prast, Benz-Keutlingen 220 Stimmen. Bürgermeister Wilhelm ist somit wiedergewählt.

Heilbronn, 6. Febr. (Grippe-Epidemie.) Die Grippeepidemie nimmt auch hier einen größeren Umfang an. In vielen Betrieben, Büros und auch bei Behörden sind schon erhebliche Lücken festzustellen. Der Krankenstand bei der Heilbronner Ortskrankenkasse, der im letzten Jahr selten über 2,5 Prozent hinausging, hat jetzt annähernd 5 Prozent erreicht. Die Grippe selbst hat den Charakter einer fieberhaften Erkrankung der Atmungs- und Brustorgane.

Wingen, O.A. Oberndorf, 6. Febr. (Wieder auf freien Fuß gesetzt.) Wie berichtet, ist Sägemüller Wilhelm Glunt wegen fahrlässiger Brandstiftung festgenommen worden. Der Tatbestand hat sich aber geklärt, indem festgestellt werden konnte, daß Glunt Sägmehl und Späne um einen entzündeten Ofen gelagert hatte und aus diese Weise der Brand entstanden sein muß. Da wurde Glunt wieder auf freien Fuß gesetzt.

Oberkirchberg, O.A. Laupheim, 6. Febr. (Nächtlicher Brand.) Am Montag weckte Feueralarm die Einwohnerschaft. Die Scheune des Landwirts Martin Wegeger stand in hellen Flammen. Auch das daneben stehende Wohnhaus des Schuhmachermeisters Glöckler hatte schon Feuer gefangen. Aus dem Brandobjekt konnte nichts mehr gerettet werden als die Schweine; die Gänse waren schon erstickt, als man sie heraustreiben wollte. Die ganze Scheuer, die Vorräte und das landwirtschaftliche Mobiliar sind vernichtet. Als Ursache wird Brandstiftung angenommen.

Hiramsoos, O.A. Biberach, 6. Febr. (Todeskurz.) Landwirt Kluth fiel beim Beizenreinschneiden so unglücklich von einer Birle herunter, daß er alsbald tot war.

Kalman, O.A. Tettnang, 6. Febr. (Strahlenpilzvergiftung.) Der 19jährige Knecht August Jörn in Apslau zog sich durch die Unsitte, Strohhalme in den Mund zu nehmen, eine nicht ungefährliche Strahlenpilzvergiftung zu, die seine Unterbringung im Krankenhaus Friedrichshafen und wiederholte chirurgische Eingriffe zur Folge hatte.

Friedrichshafen, 6. Febr. (Saarregierung verweigert Zeppelinlandung.) Die Stadt Reutlingen hatte nach längerer Verhandlungen mit dem Zeppelin-Luftschiffbau Friedrichshafen auf ihre Einladung zu einem Luftschiffbesuch eine Zusage erhalten. „Graf Zeppelin“ sollte im Laufe dieses Sommers bei Reutlingen landen und von dort aus eine Rundfahrt bis nach Helgoland unternehmen. Die Regierungskommission des Saargebietes hat diese Absicht nunmehr mit der Begründung durchkreuzt, daß die Genehmigung zu einer Luftschifflandung nicht gegeben werden könne.

Friedrichshafen, 6. Febr. (Ausfuhrkontrolle.) Eine verschärfte Ausfuhrkontrolle macht sich seit einigen Tagen im Bodenseeverkehr bemerkbar. Die Reisenden werden ähnlich, wie es im Krieg üblich war, genau durchsucht.

Stöten, O.A. Geislingen, 7. Febr. (Verdrüßl.) Am Sonntag wollte die Christine Eberhardt einen Kessel heißen Wassers vom Herde wegbringen. Dabei entglitt ihr der eine Hentel, wodurch sich das heiße Wasser über ihre Füße ergoß. Der rechte Fuß wurde dabei bis ans rechte Knie schwer verbrüht.

Ein Gönninger Kommunist erschossen

Gentingen, O.A. Reutlingen, 6. Febr. Der erst zu Weihnachten durch Amnestie aus dem Gefängnis entlassene, 23 Jahre alte Kommunist Ernst Bader von Gönningen, der bei der politischen Schlägerei vor einem Jahr einen Pfälzinger SA-Mann durch einen Messerstich schwer verletzt hatte, geriet in der Nacht auf Montag in Gentingen mit Leuten des Freim. Arbeitsdienstes in politische Händel. Auf dem Heimweg nach Gönningen wurde er von einem 22jährigen Mann vom Freim. Arbeitsdienst durch zwei Revolverkugeln getötet. Der Schütze ist der Rechnungsführer des Arbeitsdienstlagers in Gentingen und stammt von Hirsau. Er ist etwa seit vier Monaten in Gentingen. Noch in der Nacht traf die Staatsanwaltschaft Tübingen zur Untersuchung ein.

Württemberg. Apothekenkammer

Stuttgart, 6. Febr. Am 31. Januar trat die Württ. Apothekerkammer zu ihrer ersten Vollversammlung nach der Neuwahl zusammen. Nach einem ausführlichen Tätigkeitsbericht, wie Jahresabrechnung, folgte die Entlastung und Vorstandswahl. Die Besetzung blieb fast die gleiche. Auf der Tagesordnung waren die wichtigsten Punkte die Notlage des Apothekerstandes, wobei es zu längerer Debatte kam. Apotheker Pfister, der die Not der Mitarbeiter speziell betonte, schlug die Schaffung einer Nothilfe-Einrichtung auf freiwilliger Grundlage vor, um wirtschaftlich schwache Unternehmer in momentaner Verlegenheit zu helfen und einen weiteren Abbau der Mitarbeiter zu verhindern. Er wies dabei auch auf die Hilfsanstaltungen in der SA. hin. Dem Zugang zum Fach wurden sehr ernste Worte gesprochen, mit dem Ziele, nun endlich einmal energische Maßnahmen zu ergreifen. Apotheker Pfister bat die Regierungsvertreter, bei unserem Monopolgewerbe für starke Eindämmung des Zuganges besorgt zu sein. Die Schaffung der Versorgungsstelle mußte leider wieder zurückgestellt werden. Auch der ungeklärten Beschäftigung von Helferrinnen wurde gedacht.

Aus Baden

Freiburg i. Br., 6. Februar. Die kürzlich hier verhafteten vierköpfige Einbrecherbande, die die Kasse eines Lebensmittelgeschäfts herabzuheben wollte, schenkt eine Reihe von Gefangenen auf dem Feldberg ausgeführt, die dort gemachte Beute beläuft sich auf 3000—4000 Mark Bargeld. Die gleichen Kurieren drangen während einer Nacht in die Räume der Sparkasse auf der Insel Reichenau ein, muhten aber zu ihrem Kerger mit fast leeren Händen abzugehen, da die soliden Kassenschränke allen Versuchsversuchen widerstanden.

Forstheim, 6. Februar. In der Nacht zum Sonntag gab es in einer Wirtschaft an der Auerbrücke einen anscheinend politischen Zusammenstoß. Der 27 Jahre alte kommunistische Hilfsarbeiter Willi Jeller aus der Theaterstraße wurde mit einer Stichverletzung im Gang aufgefunden. Merkwürdigerweise schweigen die Beteiligten über den Hergang der Sache. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus gebracht.

Königsbach, 6. Febr. Gestern nacht gegen 12 Uhr brannte die Scheune und das Wohnhaus des Bädermeisters Karl Fuchs nieder. Das Vieh konnte mit Mühe und Not gerettet werden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Devisenchiebungen in Wien. Bei der Oesterreichischen Nationalbank wurde eine groß angelegte Devisenchiebung mit Ausfuhrbewilligung nach Deutschland aufgedeckt. Ein Angekellter, Alfred Schaffer, hat solche Bewilligungen gegen Entgelt vertriebt.

Zwei Schüler vermißt. Seit Mittwoch nachmittag werden zwei Schüler, der elfjährige Wilhelm Curich aus Weienau und der zwölfjährige Karl Hoyer aus Mainz, vermißt. Die beiden Jungen hatten sich nach Kothheim aus Eis begeben und werden seitdem nicht mehr gesehen. Man vermutet, daß sie im Eis einbrachen und unter die Eisdede gerieten.

Aus dem Gerichtssaal

Sühne für Arztmord

Köln, 6. Febr. Das Schwurgericht verurteilte die 35 Jahre alte Maria Schärer zu zehn Jahren drei Monaten Zuchthaus, ihre Stiefmutter Schröder zu zehn Jahren einem Monat Zuchthaus, ihren Geliebten, den ehemaligen Feldwebel Thomas, zu zehn Jahren einem Monat Zuchthaus. Die Schärer und Thomas haben den 70jährigen Arzt Rubenjohn ermordet und betäubt. Die Mutter wurde wegen Beihilfe verurteilt. Drei Angeklagte, die an dem Raub indirekt beteiligt waren, erhielten geringere Strofen. Der ermordete — übrigens längst aus den Standesorganisationen ausgeschlossene — Arzt war Morphiumspezialist.

Stuttgarter Turnfest-Allerlei

200 Sonderzüge

werden im Juli 1933 zum Deutschen Turnfest in Stuttgart erwartet. Die größte Zahl davon wird der Turnkreis Sachsen stellen, der mit etwa 25 000 Turnfestfahrern kommen will. Der Mannheimer Turngau wird mit 1000 Turnern vertreten sein. Die Pfalz bereitet zwei Sonderzüge vor, Hannover-Braunschweig ebenfalls, von denen einer eine Turnfahrt über Heidelberg, Freiburg und der Bodensee anschließen wird. Vom Kreis Nordden werden mehrere Sonderzüge ausgerollt; einer davon wird über das Bayerische Allgäu und den Bodensee geleitet. Die Rieder Turner machen vor dem Fest im Anschluß an die Sonderzugfahrt eine Kraftwagentour durch den Schwarzwald und die Alb. Sehr reiselustig sind die Turner des Kreises Provinz Sachsen-Anhalt. Der Kreis selbst reist über den Bodensee nach Stuttgart, der Elbe-Elster-Gau mit einem Sonderzug ebenfalls, der Harz-Huns-Gau vor dem Fest mit Kraftwagen über München,

Garmisch, Jansbruck und Bodensee. Den Vogel werden wohl die beiden größten Gaus der DL abschließen: Mitteldeutsche-Dresden mit einer Kette nach dem Feste durch die Schweiz und der Leipziger Schlachtfeld-Gau mit einer herrlichen Fahrt über die Berge nach Friedrichshafen, wo Fahrten mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ geplant sind.

Außer diesen Fahrten, über die schon genauere Pläne vorliegen, ist auch in anderen Gauen eine ganze Reihe von Reisen in Vorbereitung. So sind die Bremen-Oldenburger und die Münchener Turner zu erwähnen. Ferner die Danziger Turner und sogar die Schweizer, denen bekanntlich von ihren eigenen Eisenbahnen die hohe Fahrpreisermäßigung von 80 Prozent für die Turnfestfahrt gewährt wird.

Die jüngste Wettkämpferin in Stuttgart

Die Wettkampfbestimmungen der DL sehen für die wettkampfmäßige Teilnahme an einem Deutschen Turnfest ein Mindestalter von 18 Jahren vor. Da jeder Wettkämpfer eines Deutschen Turnfestes schwere Ausscheidungskämpfe im eigenen Turnkreis bestehen muß, dürfte nur in den seltensten Fällen ein Jugendturner oder eine Jugendturnerin Aussicht haben, diese Ausscheidungskämpfe zu bestehen. Ueberraschenderweise wurde bei den Schwimmmeisterschaften der DL 1932 in Erfurt die 14-jährige Eva Kottebohm vom RTB Wittenberg erste Siegerin im 200-Meter- und zweite Siegerin im 100-Meter-Brustschwimmen. Am der jungen Turnerin nun Gelegenheit zu geben, ihre Meisterhaft 1933 in Stuttgart zu verteidigen, ist ausnahmsweise die Startgenehmigung erteilt worden. Damit dürfte Eva Kottebohm als knapp 14-jährige die jüngste Wettkämpferin auf einem Deutschen Turnfest sein. Eva Kottebohm, die inzwischen ihre Leistung noch verbessern konnte, wird in Stuttgart nicht nur als erste Siegerin über die 200-Meter-, sondern auch über die 100-Meter-Strecke erwartet. Sie ist ein kleines Schwimmwunder, das bald in der ganzen DL aufhorchen lassen wird.

15 000 Kilometer

im Kraftwagen haben bisher die Werber für das 15. Deutsche Turnfest, Dr. Obermeyer, der 1. Vorsitzende des Hauptsektionsschusses, und Konrad Klingler Stuttgart, auf ihrer Kette durch die deutschen Turngaue bei Wind und Wetter zurückgelegt. Dazu kommen Hunderte von Kilometer, die bei Fahrten von Großstadt zu Großstadt im Eisenbahnzug durchfahren wurden.

Buntes Allerlei

... eine einzige Meinung

Nach dem Siebziger-Krieg wurden die Offiziere des 13. (württ.) Armeekorps mit preussischen teilweise ausgetauscht. So kam auch, wie die Berliner „Kreuz-Zeitung“ erzählt, der General v. D. als Brigadefeldkommandeur nach Schlesien. Eines Tages wurde ihm eine Disziplinarfrage wegen eines lunatischen, aber sehr bewährten Oberleutnants vorgelegt, der etwas „ausdreschen“ hatte. Alle Vorgesetzten, vom Kompaniechef bis zum Regimentskommandeur, sprachen sich für schlichten Abchied aus. D. der den Fall anders und milder beurteilte, wollte es bei einer Strafverjüngung bewenden lassen und legte mit dieser Beurteilung den Fall der Division vor. Die Division sprach sich ebenfalls für schlichte Verabschiedung aus und so erlich eines Tages der Adjutant des Kommandierenden Generals bei D. und fragte ihn, ob er an seiner Ansicht, mit der er allein Rede festhalte, der Fall werde dem Kaiser vorgelesen werden, und bei der strengen Auffassung des alten Herrn in solchen Sachen sei es möglich, daß der General unangenehm auffalle; dies wolle der Kommandierende General verhindern. Hierauf antwortete D.: „Ich hab fünf Kinder und gar kein Geld, aber bloß eine Meinung — und die hab i geübert.“ Diese Antwort wurde bei der Vorlage der Sache dem Kaiser erzählt und dieser entschied den Fall durch die Randbemerkung: „Ich bin der gleichen Ansicht wie General v. D.“

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig
Verantwortlich für die Schriftleitung: P. Paul

Letzte Nachrichten

**Explosionsunglück in einer Pariser Autofabrik
Bisher 8 Tote und 100 Verletzte**

Paris, 6. Febr. In der Elektrizitätszentrale einer Autofabrik auf dem Quai Villancourt-Paris ereignete sich Montag vormittag eine schwere Explosion. Bis jetzt zählt man 8 Tote und etwa 100 Verletzte.

Preussische Zentrumsfraktion will gegen das Vorgehen der Reichsregierung protestieren

Berlin, 6. Februar. Wie aus führenden Zentrumskreisen des preussischen Landtages verlautet, wird die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages gegen das Vorgehen der Reichsregierung einen juristisch formulierten Protest erheben.

Neue Kundfunkrede des Reichskanzlers?

Berlin, 7. Februar. Wie der „Angriff“ meldet, wird Reichskanzler Adolf Hitler voraussichtlich am Freitag, den 10. Februar, abends im Berliner Sportpalast eine Rede halten, die auf alle deutschen Sender übertragen werden wird.

Der Kommandeur der Breslauer Schutzpolizei beurlaubt
Breslau, 6. Februar. Der Kommandeur der Breslauer Schutzpolizei, Oberst Schulze, der der SPD. angehört, ist seit Sonntag beurlaubt worden.

**Ein Spionagefall im österreichischen Heeresministerium
Der Chiffreschlüssel verkauft?**

Wien, 6. Februar. Die „Wiener Sonn- und Montagszeitung“ weiß von einem sensationellen Spionagefall im Heeresministerium zu berichten. Mehrere Personen, darunter ein Telegraphist des Heeresministeriums, sollen verhaftet worden sein. Die Erhebungen hätten ergeben, daß durch Vermittlung dieses Telegraphisten und eines an einer österreichischen Grenze beschäftigten Försters der Chiffreschlüssel für den Verkehr der einzelnen österreichischen Garnisonen und Militärbehörden untereinander bei vertraulichen Mitteilungen an eine ausländische Macht verkauft worden sei.

Brüdeneinsturz infolge Eisganges

Wien, 6. Februar. Infolge des durch das plötzliche Tauwetter auf der Donau entstandenen Eisganges ist eine große Pontonbrücke, die seit etwa fünfzig Jahren den gesamten Fußgänger- und Fahrverkehr von Meß nach dem nördlichen Donauufer vermittelte, heute in früher Morgenstunde mit großem Krachen eingestürzt. Eine Pionierabteilung ist nun mit Einrichtung eines Notverkehrs beschäftigt.

Verbot politischer Volksversammlungen und Umzüge in Ungarn

Budapest, 7. Februar. Durch eine Regierungsverordnung wird das Verbot der Abhaltung politischer Volksversammlungen und Umzüge wieder in Kraft gesetzt. Die vorübergehende Wiedereinführung dieses Verbotes hängt, wie das ungarische Tel.-Korrespondenzbüro meldet, mit den von der Regierung jüngst ins Leben gerufenen strengen Steuerordnungen zusammen, die die letzte Kraftanstrengung Ungarns nicht nur zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, sondern zur Erfüllung seiner Verpflichtungen darstellt und gegen die von extremer Seite in einzelnen Teilen des Landes eine heftige Agitation eingeleitet habe.

Gestorben

Kagold: Marie Grüninger geb. Frank.

Donnerstag, 9. Februar
Schluß meines Inventur-Verkaufs
Noch haben Sie Gelegenheit, Ihren Bedarf zu ungewöhnlich niederen Preisen zu decken.
Gustav Wucherer - Altensteig.

Holstett-Zwerenberg.
Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten und Bekannte n machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe, treubesorgte Gattin, Tochter und Schwester
Christine Stoll
geb. Keppler
nach schwerem Leiden im Bezirkskrankenhaus in Nagold sanft in dem Herrn entschlafen ist.
In tiefer Trauer:
der Gatte Jakob (St.)
Familie Keppler.
Beerdigung Mittwoch nachmittag 1 Uhr in Zwerenberg.

Zumweller.
Danksagung.

Für die vielen Beweise innigster Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers
Fritz Kalmbach
sagen wir unseren herzlichsten Dank. Besonders danken wir dem Herrn Pfarrer Auer für seine trostreichen Worte, für den erhebenden Gesang des Singchors, für die vielen Kranzspenden auch von Seiten der Feuerwehr und der Schulkameraden, sowie für die zahlreiche Beteiligung zur letzten Ruhestätte.
In Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Georg Kalmbach.

Sprechstunde
am Donnerstag bis 1 Uhr
Nur für dringende Fälle
Dr. Vogel.

Zur Anfertigung von
Verlobungs-Karten
und
Verlobungs-Briefen
sowie
Hochzeits-Karten
empfiehlt sich die
W. Rieker'sche Buchdruckerei
Altensteig.

